

**EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten  
am 12. November 2018****VORTRAG AN DEN MINISTERRAT**

Am 12. November fand in Brüssel unter meinem Vorsitz eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Werte der Union in Ungarn, die Rechtsstaatlichkeit in Polen, die Vorbereitung des Europäischen Rates am 13./14. Dezember 2018, der Jährliche Rechtsstaatlichkeitsdialog, der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR), das Arbeitsprogramm der Kommission für 2019, das Subsidiaritätspaket der Kommission sowie der Fahrplan für das Europäische Semester 2019.

**Werte der Union – Ungarn / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Ich informierte eingangs über die Abhaltung eines informellen Treffens mit dem Europäischen Parlament (EP). In Folge präsentierte die Kommission ihren am 8. November vorgelegten faktischen Überblick zu Vertragsverletzungsverfahren, die in direktem Zusammenhang mit dem begründeten Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV stehen. Die ungarische Vertreterin legte einen Informationsvermerk der ungarischen Regierung zum Beschluss des Europäischen Parlaments vom 12. September vor. Ich wies darauf hin, dass der Ratsvorsitz auf dieses Thema im Rahmen der Ratsvorbereitungen für Dezember zurückkommen werde.

**Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Ich verwies darauf, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten zum Sachstand betreffend Rechtsstaatlichkeit in Polen im März, April, Mai und Oktober informiert worden sei. Darüber hinaus fanden beim Rat Allgemeine Angelegenheiten am 26. Juni und am 18. September Anhörungen Polens im Rahmen des Verfahrens zu Artikel 7 Absatz 1 EUV statt. In Folge informierte der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans über die Entwicklungen seit Oktober und hielt fest, dass die systemische Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit weiterhin gegeben sei. Ich wies darauf hin, dass der Ratsvorsitz auf dieses Thema im Rahmen der Ratsvorbereitungen für Dezember zurückkommen werde.

## **Vorbereitung des Europäischen Rates am 13./14. Dezember 2018**

Ich stellte die Themen für den Europäischen Rat am 13./14. Dezember anhand der annotierten Tagesordnung vor. Die Staats- und Regierungschefs werden eine erste substanzielle Debatte zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen auf Basis eines vom Ratsvorsitz vorgelegten Fortschrittsberichts, inklusive Verhandlungsbox, abhalten. Ebenso seien eine Diskussion zur Umsetzung des umfassenden Migrationsansatzes sowie eine Bewertung des Sachstands betreffend Binnenmarkt vorgesehen. Der Europäische Rat werde auch den im Februar 2019 stattfindenden Gipfel zwischen der EU und der Liga der Arabischen Staaten vorbereiten und sich dem Thema Desinformation widmen. Ich wies darauf hin, dass ER-Präsident Tusk über den Vorbereitungsstand der nächsten Strategischen Agenda informieren werde. In diesem Zusammenhang werde sich der Europäische Rat auch mit den Ergebnissen der Bürgerkonsultationen befassen.

## **Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit**

Ich betonte zu Beginn des vierten Rechtsstaatlichkeitsdialogs zu dem Thema „Vertrauen in öffentliche Institutionen“, dass Vertrauen in öffentliche Institutionen ein wesentliches Element einer auf Rechtsstaatlichkeit basierenden Gemeinschaft sei. Der Direktor der Grundrechtagentur Michael O’Flaherty nannte in seiner Einführung Information, Verlässlichkeit und Lebenserfahrungen der Menschen als wichtigste Faktoren für öffentliches Vertrauen und hob die Rolle der Medien und der Zivilgesellschaft hervor. Der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans betonte die Grundwerte Medienfreiheit und Pluralismus und unterstrich den Charakter der Rechtsstaatlichkeit als Kultur. Zudem verwies er auf die Notwendigkeit der Bekämpfung von „fake news“ und des Respekts für Andersdenkende im politischen Diskurs.

## **Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027**

Ich berichtete über den Stand der Arbeiten und die geplante Vorlage des Entwurfs der Verhandlungsbox für den Rat Allgemeine Angelegenheiten sowie die angekündigte Befassung des Europäischen Rates im Dezember. Kommissar Günther Oettinger erläuterte nochmals einzelne Elemente des Vorschlags der Kommission.

## **Legislative Programmplanung – Arbeitsprogramm der Kommission für 2019**

Die Kommission stellte das Arbeitsprogramm für das Jahr 2019 vor und betonte, dass aufgrund der vielen bereits vorliegenden Gesetzesentwürfe nur wenige neue Initiativen vorgeschlagen werden.

## **Subsidiaritätspaket**

Ich hob hervor, dass der österreichische Ratsvorsitz dem Thema Subsidiarität große Bedeutung beimesse und verwies in diesem Zusammenhang auf die hochrangige Konferenz am 15./16. November in Bregenz. Die Kommission stellte ihre Mitteilung vor und strich insbesondere den Prüfraster, die bessere Einbindung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften und die Überprüfung bereits bestehender Gesetze hervor.

## **Europäisches Semester 2019 – Fahrplan**

Ich verwies darauf, dass der österreichische Ratsvorsitz gemeinsam mit dem künftigen rumänischen Ratsvorsitz einen Fahrplan für das Europäische Semester 2019 erstellt habe.

## **Sonstiges**

Ich informierte über den aktuellen Spionagefall in Österreich und dankte den Mitgliedstaaten für ihre Unterstützung.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 29. November 2018

Blümel